

Presse-Info

Miteinander statt gegeneinander – 3 Landkreise machen mobil Bürgerinitiativen gründen das „Starke Dreieck“

Der Mautausweichverkehr stellt ein länderübergreifendes Problem entlang der B 25 dar. Zwar entlastet eine Sperrung im Raum Dinkelsbühl, doch andere noch ungeschützte Bereiche ab Harburg müssen immer noch die Auswirkungen politischen Widerstands ertragen. Wiederum andere Bereiche an der B 25 sind einer Verlagerung des Mautausweichverkehrs zum Opfer gefallen. Aus diesem Grund trafen sich am 5. August in Nördlingen die Vertreter der Bürgerinitiativen aus den Kreisen Donau-Ries, Ostalb und Ansbach, um gemeinsam eine Lösung für den gesamten Belastungsraum zu finden.

Seit Jahren leiden die Bürger unter Lärm und Abgasen, die Pendler stecken zwischen Lkw-Kolonnen fest, die Romantische Straße verliert vollkommen ihren Reiz für Touristen, einem nicht vernachlässigbaren Wertschöpfungsfaktor für die Region und ihre Bewohner. Ein lebens- und liebenswerter Landstrich entlang der B 25 wird zerstört!

Statt auf die Sorgen der Wählerschaft einzugehen, unterstützen viele Politiker die Wirtschaftslobby durch den fragwürdigen Ausbau der Bundesstraße. Zudem verbergen sich unter dem Deckmantel „anwohnerfreundliche Umgehungsstraßen“ zweifelhafte staatliche Ausschreibungen und gewinnbringende Abkürzungsstrecken für den Transitverkehr. Kleinere Ortschaften werden diesbezüglich vertröstet und auf den nächsten Bundesverkehrswegeplan verwiesen. Die Situation der Anwohner bleibt nach wie vor unberücksichtigt. Sieht so Bürgernähe aus?

Um eine entlastende Lösung für alle zu erreichen, fordert das „Starke Dreieck“:

- o die B 25 bereits ab Donauwörth dauerhaft für den Mautausweichverkehr zu sperren
- o dass der Schwerlast-Fernverkehr ohne Anliegen in der Region verpflichtet ist, auf der Autobahn (A7 bzw. A8) zu bleiben

Höhere Mauteinnahmen durch die Nutzung der Autobahnen sind dem Bund damit garantiert und Kosten durch zusätzlichen Ausbau werden eingespart. Weitere Flächenversiegelungen entfallen und die Pflege und der Unterhalt neuer Straßen entstünden erst gar nicht.

Es kann schlichtweg nicht sein, dass von Bürgern Straßen bezahlt werden, die ihnen mehr Belastung bringen. Ein vom Steuerzahler selbst geschaukeltes „Groschengrab“?

Gemeinsam werden die Bürger von Harburg, Möttingen, Fremdingen, Röhlingen, Dinkelsbühl, Feuchtwangen und weiteren Gemeinden in einer Demonstration am Montag, 14.09.2009 vor dem Münster in Dinkelsbühl ihren Unwillen lautstark äußern. Vor den Presse-, TV- und Hörfunk-Vertretern sowie den hoffentlich ebenfalls anwesenden Politikern werden die von Lärm und Abgasen geplagten Wählerinnen und Wähler zeigen, dass sie mit dieser Politik nicht einverstanden sind.

NEIN

ZUR OST-UMFAHRUNG!